

**Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Waldbröl
zum Haushalt 2010
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Koester,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Ratsfraktionen
meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich, bevor ich auf einige wichtige und Richtung weisende Sachthemen eingehen möchte, zunächst zum Kernthema der heutigen Diskussion kommen:

Haushalt 2010

Die CDU wird dem Haushalt 2010 zustimmen. Wir haben den Haushalt in diversen Fraktionssitzungen und Gruppenarbeiten einer ausführlichen Würdigung unterzogen und sind zu der Erkenntnis gelangt, dass er mit spitzer Nadel gestrickt ist und so gut wie keinen Spielraum für Sparbemühungen beinhaltet.

Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Bestrebungen der Verwaltung, die durch die in der vergangenen Woche verabschiedete Vorlage hinterlegt sind, Konsolidierungsschritte einzuleiten, wohl wissend, dass diese letztlich ein Tropfen auf den heißen Stein darstellen und an der Grundproblematik der Finanzierung der Kommunen nichts ändern werden. Denn eines sollte allen hier klar sein: Weder die Stadt Waldbröl noch andere Kommunen haben ein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Das haben die Bemühungen des Regierungspräsidenten bei der Gemeinde Marienheide durch das Einsetzen eines Sparkommissars eindeutig belegt.

Auch wenn in der heutigen Ratssitzung bereits Entscheidungen mit Haushaltsauswirkungen getroffen wurden (z.B. Hebesteuersätze), die dem Grunde nach keine Zustimmung der CDU gefunden haben, sind wir uns unserer Gesamtverantwortung bewusst und werden unsere Zustimmung zu diesem NKF-Werk 2010 nicht, wie in der Vergangenheit häufig von anderen Fraktionen kleinkariert demonstriert, von diesen Entscheidungen abhängig machen.

Wir vertrauen dabei auf den breiten Erfahrungsschatz unseres Bürgermeisters und des Stadtkämmerers, denen wir Sorgfalt und das notwendige Augenmaß bei den Planungen unterstellen. Eigenschaften, die die SPD ihrem Kämmerer mit Blick auf die Ablehnungen in den vergangenen Jahren offensichtlich vorenthielt.

Ein Missstand, der sich auch bei der Aufstellung des diesjährigen Haushaltes fortgesetzt hat, denn die SPD, aber auch die übrigen Fraktionen haben dem

Kämmerer durch die Ablehnung der Hebesatzerhöhungen ein klares Misstrauensvotum ausgesprochen. Wir haben schon bei der Abstimmung deutlich gemacht, dass es natürlich auf der einen Seite schwer fällt, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu belasten, dass es aber gerade auf der anderen Seite eine Notwendigkeit darstellt, die gerade in Anbetracht des geltenden Nothaushaltsrechts von der Stadt erwartet wird.

Ihre Versuche, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, sich als gallisches Dorf zu etablieren und der Weitsicht der CDU zu widersprechen werden aller Voraussicht nach die Quittung durch die Aussage der Kommunalaufsicht erfahren, dass diese Mindereinnahmen auf die freiwilligen Ausgaben angerechnet werden. Damit haben Sie bei unseren Vereinen und natürlich auch allen Bedürftigen, die an diesen Mitteln partizipiert hätten, einen Kollateralschaden angerichtet und diesen einen Bärendienst erwiesen.

Selbstverständlich sehen wir im Haushaltsentwurf durchaus Risiken und Unwägbarkeiten.

Da ist zum einen der Planansatz der Gewerbesteuer, der mit Blick auf die Auswirkungen der Finanzkrise vielleicht optimistisch gerechnet ist. Zum anderen können wir heute auch nicht abschließend beurteilen, welche finanziellen Auswirkungen die Errichtung der Kaisergalerie auf den Stadtsäckel haben wird. Auch können wir zum jetzigen Zeitpunkt sicher noch nicht abschätzen, wie sich die Zinsen der Kassenkredite, die zur Liquiditätssicherung dienen und derzeit ein ausgesprochen niedriges und damit günstiges Niveau aufweisen, entwickeln oder welche Auswirkungen nach der Landtagswahl im Mai zu erwarten sind.

All diese Faktoren, die für die Planung und Gestaltung des Haushaltes von elementarer Bedeutung sind, können wir weder absehen noch beeinflussen. Das gilt aber eben auch für die Planersteller und deswegen genießen sie die volle Rückendeckung der CDU.

Heute, meine Damen und Herren, haben **sie** die Gelegenheit zur Demonstration ihres Verantwortungswillens, denn sie haben das erreicht, was Ihnen bei der vergangenen Kommunalwahl mangels eigener Sachthemen das einzig Wichtige war. Sie haben die CDU-Mehrheit durchbrochen. Nutzen Sie daher heute erstmalig seit langem Ihre Chance, nicht nur fadenscheinige Ablehnungsgründe zu suchen, sondern konzertiert an der Weiterentwicklung Waldbröls durch einen positiven Beschluss mitzuwirken. Und bedenken Sie dabei bitte, dass Sie diese Möglichkeit nur noch bis zum Jahr 2014 besitzen.

Lassen Sie mich nun auf einige Sachthemen eingehen, die für die CDU und sicher auch für die übrigen Fraktionen von großer Bedeutung sein dürften.

Interkommunale Zusammenarbeit

Eine Konvoifahrt können wir uns zusammen mit unseren Nachbarkommunen, aber auch dem Oberbergischen Kreis vorstellen. Hierzu haben wir einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, die Potentiale zu erkennen, in denen eine interkommunale Zusammenarbeit möglich ist, um dann in einem weiteren Schritt durch entsprechende öffentlich-rechtliche Verträge die vorhandenen Synergien auszuschöpfen.

Kooperationen sind ein wichtiger Bestandteil in den Bestrebungen, die kommunalen Haushalte zu sanieren. Gemeinsame Beschaffungen, Personalverwaltung aus einer Hand oder auch ein gemeinsamer Bauhof sind fiskalisch sinnvoll und führen auch zu einer Spezialisierung, die allen Bürgerinnen und Bürgern und auch der Verwaltung zum Vorteil gereichen können. Dabei ist als oberste Prämisse zu beachten:

Wir müssen unser Kirchturmdenken aufgeben. Nur gemeinsam mit unseren Nachbarn sind wir in der Lage, die aktuellen Probleme zu bewältigen. Daran sollten wir alle arbeiten.

Rathausneubau am Alsberg

Gas gegeben hätten wir dem Grunde nach auch gerne in der Frage des Neubaus eines Rathauses am Alsberg. Hierzu hatten wir bereits einen entsprechenden Beschluss in der Ratssitzung am 09.12.2009 gefasst. Verbunden mit diesem Beschluss war auch die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die städtischen Immobilien, dass in Auftrag gegeben werden sollte.

In dieser Frage schließt sich die CDU nunmehr ausdrücklich den Sporbemühungen der Verwaltung an und hat diesen Auftrag, der die Stadtkasse voraussichtlich mit bis zu 25.000 € belasten kann, mit dem Antrag auf Streichung zur Disposition gestellt. Dabei vertrauen wir ausdrücklich auf die Kompetenz der Verwaltung, wenn wir diese Aufgabe nunmehr gerne von dem zuständigen Fachbereich erarbeitet haben möchten.

Zurückkommend auf den Rathausneubau muss konstatiert werden, dass der Beschluss von überzogenen Forderungen aus den Reihen der SPD begleitet wurde. Auch wenn es aus Sicht der CDU natürlich wünschenswert ist, eine möglichst energieeffiziente Variante zu entwickeln, dürfen wir doch die finanzielle Situation der Stadt nicht aus den Augen verlieren. Es reicht, liebe SPD, nicht aus, einfach immer

nur zu behaupten, dass sich energetische Maßnahmen rechnen; sie müssen schon mit harten Fakten belegen, wann eine Amortisation eintritt. Vielleicht können sie dann auch die Kommunalaufsicht überzeugen, die im vorliegenden Fall schon deutlich gemacht hat, dass lediglich ein funktionaler Bau in Frage kommt und damit ihre überzogenen Anforderungen zurückgewiesen hat.

Konterkariert wurde der Beschluss auch von einem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die nicht einmal vier Wochen nach einem einstimmigen Votum zu Gunsten des Standortes Alsberg ein Wendemanöver eingeleitet und den Standort wieder in Frage gestellt hat.

In Anbetracht der verheerenden Entwicklung der kommunalen Finanzen und der Entscheidungen, die wir mit Blick auf die städtebaulichen Maßnahmen noch zu treffen haben, steht aber leider ohnehin zu befürchten, dass für den Bau eines neuen Rathauses in absehbarer Zeit kein Platz bleibt.

Die CDU bezieht in dieser Frage eindeutig Stellung und möchte hier ausdrücklich betonen, dass sie die oberste Priorität in der Innenstadtentwicklung sieht und die Frage nach einem neuen Rathaus dafür in den Hintergrund treten muss.

Innenstadtentwicklung und Kaisergalerie

Auf der Überholspur befinden wir uns in genau diesen Bemühungen, die Innenstadtentwicklung Waldbröls voranzutreiben. Mit dem Büro Drey und Riemer ist es uns gemeinsam gelungen, hervorragende Partner für eine zukunftsweisende Planung der Entwicklung Waldbröls zu generieren. Die Ergebnisse der ersten Präsentation Ende vergangenen Jahres unter Einbindung von Experten für Einzelhandel und Verkehr zeigen, mit welchem Engagement sich das Büro der Planung gewidmet hat und welche hervorragenden Ideen in kurzer Zeit entwickelt werden konnten.

Drey und Riemer genießen das volle Vertrauen der CDU. Wir werden das Expertenteam mit all uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Von existenzieller Bedeutung für eine langfristige Entwicklung unserer schönen Stadt ist der Bau der geplanten Kaisergalerie. Hier hängen wir jedoch derzeit am Diagnosegerät, da noch einige offene Fragen zur Finanzierung des Projektes mit dem Investor und ggf. auch der Kommunalaufsicht zu klären sind.

Ich versichere hier den Bürgerinnen und Bürgern, und ich glaube, ich kann an dieser Stelle auch für die übrigen Fraktionen im Rat sprechen, dass alle konzertiert daran

arbeiten, im Bewusstsein der Wichtigkeit dieses Einkaufszentrums eine adäquate Lösung zu erzielen.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass es bei der CDU eine Schmerzgrenze gibt. Sollte der Bau der Kaisergalerie die fiskalischen Möglichkeiten der Stadt so einengen, dass darüber hinaus ggf. für Jahrzehnte keine weiteren investiven Ausgaben möglich werden, müssen wir auch bereit sein, die Reißleine zu ziehen.

Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, dass wir das Einkaufsgeschäft zu Weihnachten 2011 in der Kaisergalerie erleben werden.

Einzelhandelskonzept

Einen Fahrzeugwechsel in die gehobene Mittelklasse erwarten wir uns von den Ergebnissen des Einzelhandelskonzeptes, dass wir heute mit ihrer Mithilfe auf den Weg gebracht haben.

Auch wenn ein solches Gutachten Geld kostet, ist es doch aus strukturpolitischer Sicht von existenzieller Bedeutung für die Entwicklung unserer Innenstadt. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster hat die rechtliche Notwendigkeit eines solchen Gutachtens bestätigt und damit die Intention unseres Antrags in vollem Umfang bestätigt.

Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und den Planungen der Kaisergalerie ist das Gutachten von zentraler Bedeutung, um die Auswirkungen auf eine zentrumsnahe Versorgung sowie die Konkurrenzsituation im Einzelhandel beurteilen zu können. Wir müssen unser zukünftiges Handeln im Rat u.a. mit Blick auf die zukünftige Bauleitplanung an den dort festgestellten Ergebnissen ausrichten.

K 28

Eine Vollbremsung wollten SPD und UWG in der Frage der Verlegung der Trasse der K 28 hinlegen. Dabei haben sie sich gegenüber allen bislang von der CDU sachlich vorgetragenen Argumenten verschlossen.

Die CDU ist froh, dass mit dem Oberbergischen Kreis als starkem Partner an der Seite von Waldbröl nunmehr eine Lösung gefunden werden konnte, die auch Sie mittragen.

Mit einer ablehnenden Entscheidung hätten sie sich dafür verantworten müssen, dass Waldbröl dem Verkehrsinfarkt erliegen und die Innenstadt selbst mit der

hoffentlich bald neu gestalteten Kaisergalerie nicht an Attraktivität gewinnen wird, weil nach wie vor eine große Dunstglocke und quälende Staus die Folge sein werden.

Hinzu wäre der prognostizierte Verkehrsstrom durch die Eröffnung des Naturerlebnisparks Nutscheid, der 70 bis 100.000 Besucher jährlich anlocken soll, gekommen.

Vielleicht nehmen sie ja in ihren Haushaltsreden noch dazu Stellung, wie sie diesen Besucherstrom durch Waldbröl hätten führen wollen. Und, um es vorwegzunehmen, lieber Herr Kronenberg, kommen Sie mir dann nur nicht mit der Wiehltalbahn, der demnächst wahrscheinlich noch aus Steuermitteln finanzierten Totgeburt.

Damit eins klar ist. Der CDU wäre eine leistungsstarke Ortsumgehung in Form der B 256 n immer wesentlich lieber gewesen als eine K 28. Das haben wir sowohl im Rat wie auch im Kreistag immer deutlich gemacht. Dies liegt zum einen selbstverständlich an der nicht zu vernachlässigenden Eigenbeteiligung der Stadt, die bei der B 256 n entfallen wäre und zum anderen natürlich auch an der attraktiveren Trassenführung, die mit der neuen Regelung vergleichbar gewesen wäre.

Aber wir mussten ja kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass wir alle hier sicher nicht mehr in den Genuss der B 256 n kommen werden. Diese Einschätzung findet Nahrung in dem Auftrag für das Strukturgutachten, das zu diesem Zweck in Auftrag gegeben wurde oder in Kürze gegeben wird. Darin geht es im Hauptziel nicht um eine Umgehung Waldbröls, sondern um die Frage der Anbindung von Industriegebieten an den überregionalen Verkehr. Daher kann ich nicht nachvollziehen, warum man ohne jeglichen Überprüfungs willen einfach nur unsere Kinder und Jugendlichen vorschiebt, um das Projekt K 28 zu zerstören.

Wir hätten ihnen sogar gerne zugestimmt, wenn sie uns eine Alternativroute vorgeschlagen hätten. Aber in diesem Punkt kannte die Ideenlosigkeit von SPD und UWG bislang keine Grenzen. Man konnte den Eindruck nicht loswerden, dass es ihnen nur darum ging, Prinzipienreiterei und die Sterbehilfe am Verkehrsfluss Waldbröls zu begehen.

Selbst gut gemeinten Vorschlägen, das Projekt einer gutachterlichen Prüfung zu unterziehen haben sie aus Angst vor dem Ergebnis widersprochen.

Das einzige Argument der UWG gegen die K 28 war eine wohl kaum als repräsentativ zu bezeichnende Umfrage auf dem Viehmarkt. Wäre das Ergebnis auch nur einigermaßen aussagekräftig gewesen, hätten sie es uns sicher lange präsentiert. Ich habe ohnehin bei meinen Marktbesuchen nie viele Striche auf ihrer

mit provokanten und Richtung vorgebenden Fragestellungen gespickten Tafel gesehen.

Ohnehin konnte ich gerade den Sinneswandel von Herrn Helzer in der Beurteilung dieser Frage nie nachvollziehen. War er als Mitglied der CDU noch ein starker Verfechter und Mitentwickler der K 28, scheint ihm mit dem Austritt aus der CDU auch der Sachverstand verlassen zu haben. Die Vermutung liegt nahe, dass nicht greifbare Argumente, sondern allein die Gegenposition zur CDU sein Handeln bestimmen. Das, lieber Herr Helzer, ist aber nicht ihr Wählerauftrag.

Bemerkenswert, und das muss an dieser Stelle erwähnt werden, war im Übrigen die öffentliche Diskussion über die geplante Verkehrsregelung anlässlich des Kreisverkehrsbaus im Zuge der Kaiserstraße am 08.03.2010 in der Mensa der Gesamtschule. Dort wurde vehement die Forderung nach einer leistungsstarken Umgehung für Waldbröl laut. Ich bin froh, dass sie den Beschluss heute so mitgetragen haben und damit diese Signale vielleicht doch nicht ganz überhört haben. Ich kann ihnen sagen, dass diese Signale eindringlicher waren und sind, als die, die sie in dieser Frage ausgesandt haben.

Im Übrigen möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben, dass sich die CDU von ihren Drohungen, einen Bürgerentscheid zu initiieren, nicht hätte beeindrucken lassen. Wir haben in der Frage der K 28 eine Überzeugung und uns wäre nicht bange, diese ohne Zweifel bei den Anliegern unpopuläre Maßnahme im Dialog mit diesen zu klären. Sie sollten aber künftig, bevor Sie sich mit Themen wie Bürgerentscheiden so weit aus dem Fenster lehnen, Ihre Hausaufgaben machen. Eine Planung wie die K 28 unterliegt nämlich dem Planfeststellungsverfahren und solche Maßnahmen sind einem Bürgerbegehren ausdrücklich entzogen.

Das wirklich einzige Argument, dass ggf. gegen eine K 28 gesprochen hätte, hat die FDP geliefert. Es ist die Höhe der Kosten, die Waldbröl zusätzlich belasten hätte. Auch hier kommen wir mit der neuen Planung und der ggf. möglichen Übernahme zumindest großer Teile der Kosten durch den Kreis und der Straße in die Obhut des Bundes ggf. mit einem blauen Auge davon.

Als Signal für ernsthafte Bemühungen erwartet der Kreis, dass die 50.000 € Planungsmittel zunächst im Haushalt verbleiben und hat damit unserem Antrag in vollem Umfang entsprochen. Sie sehen, es ist gut, dass es die CDU gibt.

Naturerlebnis Nutscheid

Die Verwirklichung des Naturerlebnisparks Nutscheid beschert uns einen touristischen Quantensprung und lässt uns im Bereich der Naherholung und Attraktivität zumindest in die gehobene Mittelklasse aufsteigen.

Ausnahmslos alle Fraktionen haben dieses von Herrn Wirths hervorragend initiierte Projekt von Beginn an gefördert und trotz schwieriger Haushaltsslage auch im gerade noch möglichen finanziellen Rahmen unterstützt.

Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich mich angesichts vieler Notstände schon oft gefragt habe, ob es Sinn macht, ein Projekt mit dieser immensen Summe öffentlich zu fördern. Eines ist aber klar: Dieses Geld regnet vom Himmel und wir wären borniert, wenn wir den Schirm nicht aufhalten würden; und zwar so, dass es in ihn hereinregnet.

Mit dem Deutschen Jugendherbergswerk und dem Oberbergischen Kreis hat die Stadt Waldbröl in der Gesellschaft zwei verlässliche Partner, so dass ich sicher bin, dass der Nutscheidpark ein großer Erfolg wird. Was die CDU dazu beitragen kann, wird sie gerne leisten.

Mobilitätskonzept

Mit unserem Antrag auf Erstellung eines Mobilitätskonzeptes haben wir den nächsten Gang eingelegt, wenn es darum geht, durch eine Verknüpfung von „Verkehrsberuhigung“ und „Mobilität“ zu einer Gesamt-Verkehrskonzeption für die Stadt Waldbröl zu gelangen.

Wir brauchen dringend ein Raster, wie wir es analog des Planungsrechts im Bereich der Flächennutzungspläne und der Bebauungspläne haben, an dem sich die Wünsche der Anwohner und Verkehrsteilnehmer ausrichten und unter die deren Anregungen subsumiert werden können.

Schluss muss damit sein, dass sich Rat und Fachausschuss mit Fluten von Einzelanträgen, die von allen, auch der CDU-Fraktion, aber insbesondere der UWG-Fraktion, gestellt werden, befassen muss.

Populistische Schauanträge sollen der Vergangenheit angehören. Es geht darum, eine gemeinsame Basis zu finden, wie den zu erwartenden Verkehrsströmen aufgrund der Eröffnung des Naturerlebnisparks Nutscheid, der Verstopfung der Innenstadt, aber auch gleichzeitig der Sicherheit der aktiven und passiven Verkehrsteilnehmer begegnet werden kann.

Es wäre schön, wenn sie sich in der gleich folgenden Abstimmung unserem Antrag anschließen würden.

Jugend- und Seniorenbeirat

Wieder Fahrt aufgenommen haben wir im Thema Jugend- und Seniorenbeirat. Schon im Wahlkampf ist die CDU dafür eingetreten, entsprechende Beiräte einzurichten und sich damit die Kompetenz unserer Kinder und Jugendlichen sowie unserer Seniorinnen und Senioren zu sichern.

Das Thema ist im zuständigen Fachausschuss platziert und wir sind sicher, dass wir uns in Kürze auf die Modalitäten einvernehmlich verständigen können.

Gesamtschule

In ein fremdes Fahrzeug eingestiegen ist die SPD, indem sie sich öffentlich in die Diskussion um die Gesamtschule Morsbach eingeschaltet hat. Meine ausdrückliche Kritik bezieht sich dabei nicht nur auf die Waldbröler SPD, sondern auch auf die SPD Oberberg.

Die SPD Oberberg sollte sich ihrer Verantwortung für ganz Oberberg bewusst sein und die Auswirkungen ihres Handels mit dem gebotenen Augenmaß betrachten. Denn, was für Morsbach zumindest nach der Auffassung des dortigen Bürgermeisters ggf. gut gewesen wäre, hätte Waldbröl durchaus schaden können.

Auch der SPD vor Ort hätte es gut angestanden, sich aus der Diskussion, die zudem von einem laufenden Gerichtsverfahren flankiert wurde, herauszuhalten. Sie hätte sich besser auf die Dinge konzentrieren sollen, in denen sie Kompetenz besitzt. Und dazu zählt das Schulwesen sicher nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte an dieser Stelle einen kleinen Exkurs: Auch die UWG hat sich in der vergangenen Woche beflissen gefühlt, ihre Nase in die Angelegenheiten anderer Leute zu stecken. So war in "Oberberg aktuell" zur Situation der CDU-Marienheide ein Kommentar eines gewissen Herrn Helzer sinngemäß in Richtung der Abtrünnigen zu lesen: "Gut gemacht, wir haben den Austritt aus der CDU auch nicht bereut". Dies zu artikulieren, lieber Herr Helzer, ist im Sinne der Meinungsfreiheit ihr gutes Recht: Ich kann darauf nur sagen: Die CDU-Waldbröl hat ihren Austritt bis heute auch nicht bereut, ganz im Gegenteil!

Ausdrücklich in Schutz nehmen möchte ich an dieser Stelle im Übrigen unseren Bürgermeister, der bei der gewünschten Umfrageaktion der Gemeinde Morsbach zum Thema Gesamtschule auf dem Gebiet der Stadt Waldbröl Rückgrat bewiesen

und sein Veto eingelegt hat. Ohne sich Gedanken zu machen, welche Auswirkungen die Schulambitionen Morsbachs auf die Stadt Waldbröl entfalten, hat Bürgermeister Bukowski diese Bitte an die Stadt Waldbröl im Übereifer hergetragen. Das war aus meiner Sicht unüberlegt und hat die passende Quittung erhalten. Aber BM Bukowski ist noch jung und wird an seinen Fehlern wachsen.

Mit unserem Antrag zur Prüfung der Vor- und Nachteile eines Schulzweckverbandes stoßen wir aber, wenn uns die Ergebnisse der Analyse zusagen, gerne auch die Türe Richtung Morsbach und aller anderen Nachbarkommunen auf und bieten ihnen unsere Zusammenarbeit an. Ich gehe davon aus, dass davon alle profitieren können.

Jugend und Soziales

Ein TÜV-Siegel ohne Mängel haben wir durch die Einigung im Netzwerk Soziales über die Errichtung eines Nachbarschaftsbüros, dessen Kosten und Trägerschaft zwischen IB, Stadt und dem Kreisjugendamt finanziell, aber auch personell gestemmt werden konnten, erreicht. Ein besonderer Dank geht an dieser Stelle an den dortigen Vermieter, der die Räumlichkeiten in der Mecklenburger Strasse unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat und insbesondere auch an den unermüdlichen und verantwortungsvollen Einsatz von Herrn Domke.

Unser Dank gilt neben allen Ehrenamtlern, die für die Aufrechterhaltung des "Kaufhauses für Alle" mit der angeschlossenen "Tafel Oberberg Süd" stehen ebenso vielen anderen ehrenamtlichen Kräften, die Hilfestellungen und Beratungen dort leisten, wo städtische oder staatliche Stellen keine Kapazitäten mehr besitzen.

Initiativen wie "Kein Kind ohne Mahlzeit" gehen auf die veränderten sozialen und familiären Rahmenbedingungen ein und sind auf Sponsoren angewiesen. Im Kernbereich Waldbröls sind inzwischen einige kompetente Anlaufstellen wie Integrationslotsen Diakoniewerk Michaelshoven, Wohnungslosenberatung, Suchtberatung, Anlaufstellen für seelische und psychische Probleme, Obdachlosenarbeit, etc. angesiedelt, die das gesamte Spektrum sozialer Hilfen abdecken.

Hier müssen wir gemeinsam daran arbeiten, diese im Rahmen unserer Möglichkeiten nach Kräften zu unterstützen.

Einführung der gesplitteten Gebühr

Auf der Zielgeraden befinden wir uns, wenn es darum geht, die gesplittete Gebühr im Bereich der Abwasserbeseitigung einzuführen. Hier gilt unser besonderer Dank an

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werke, die diese große Umstellung in hervorragender Weise auf den Weg gebracht und der Politik in den hierzu erfolgten Abstimmungsgesprächen jederzeit mit Sachverstand zur Verfügung gestanden haben.

Natürlich ist uns klar, dass es vielleicht noch vor oder aber nach der Einführung zu Widerständen aus der Bevölkerung und seitens des Gewerbes kommen kann, die uns dazu zwingen werden, ggf. diverse Radmuttern nachzuziehen. Das jedoch die entscheidenden Störfeuer trotz ausführlicher interfraktioneller Besprechungen aus den Reihen des Stadtrates kommen, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Alle Fraktionen, bis eben auf die UWG, sind bemüht, eine pragmatische und allen dienende Lösung zu finden. Mit ihrem Verhalten heizen sie, liebe UWG, die oben beschriebenen Widerstände nur an. Daher möchte ich sie bitten: Geben sie ihre rebellische und starrköpfige Haltung auf und helfen sie mit, eine für alle gerechte Lösung zu finden. Vor allem aber unterlassen sie bitte sowohl die stilllose Kommunikation, die sie in ihrer diesbezüglichen E-Mail mit dem Bürgermeister geführt und ungefiltert auch in ihre heutige Anfrage übernommen haben als auch die unverschämten Fragestellungen, die sie sich in der eben behandelten Anfrage erlaubt haben.

Feuerwehr und Feuerwache

Ein deutliches Zeichen für unsere Feuerwehr in Waldbröl setzen wir mit unserem Antrag zum Neubau einer Feuerwache für den Löschzug 1. Der TÜV für die bestehende Feuerwache ist abgelaufen und wir sehen uns deutlich in der Verantwortung, den abwehrenden Brandschutz im Rahmen unserer Möglichkeiten zu fördern und zu verbessern.

Dabei verlieren wir aber auch an dieser Stelle nicht den Blick für die finanzielle Gesamtsituation. Wir wollen hier ausdrücklich kein Luftschloss bauen. Es geht nur darum, der Feuerwehr eine funktionale Stätte zu errichten. Begleitet werden soll diese Maßnahme von den Bemühungen, durch die Integration weiterer öffentlicher Einrichtungen Synergien zu erzielen. So können wir uns gut vorstellen, dass z.B. Schulungs- und Sanitärräume gemeinsam genutzt und damit deutliche Einsparungen erzielt werden können.

Klar ist auch, dass die Stadt Waldbröl nicht in der Lage sein wird, die Investition einer Feuerwache zu übernehmen. Daher setzen wir unsere Hoffnung darauf, dass es gelingt, einen Investor für diese Maßnahme zu finden, der bereit ist, diesen Bau für einen akzeptablen Mietpreis für unsere Feuerwehr zu errichten.

Intensiv befasst haben wir uns auch mit den Wünschen der Freiwilligen Feuerwehr, den Fahrzeugbestand und die sonstigen notwendigen Utensilien auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen. Hierzu gilt unser besonderer Dank unserem stellv. Wehrführer Eckhard Priebe, der der CDU-Fraktion ausführlich die Ausgabepositionen erläutert und Rückfragen der Fraktionsmitglieder mit Sachverstand und Ehrlichkeit beantwortet hat.

Im Ergebnis haben wir eine ausgewogene Entscheidung getroffen, die deutlich machen soll, dass wir uns auf der einen Seite unserer Gesamtverantwortung gegenüber der Stadt in finanzieller Hinsicht bewusst sind, wir auf der anderen Seite aber auch mit der Zustimmung zu diversen Maßnahmen klarstellen möchten, wie wichtig uns die Aufgabe der Feuerwehr im Allgemeinen, aber auch die Kameraden im Besonderen sind.

Jedem hier kann ich nur empfehlen, der Einladung zur Jahresdienstbesprechung der Feuerwehr zu folgen. Erstmals durfte ich dieser Veranstaltung vor kurzem beiwohnen, die bei mir durchaus einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Dabei stelle ich weniger auf die zu beratenden Themen ab, als auf den Idealismus, den Stolz und die Tatkraft der Feuerwehrfrauen und -männer, die ich in den Augen ablesen konnte.

Wir sollten dieses Ehrenamt im Rahmen unserer Möglichkeiten hochhalten, so wie die Feuerwehr ihren Auftrag, den Menschen in Waldbröl zu helfen, hochhält. Insoweit müssen wir uns auch heute zumindest in der Theorie nochmals kritisch hinterfragen, ob die Entscheidung, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II ausschließlich den Sportvereinen zu Gute kommen zu lassen, bei allem Respekt für die in den Vereinen geleistete Arbeit, die Richtige war.

Energieversorgung

In Sachen „Energieversorgung“ hat die SPD, besser gesagt Herr Kronenberg, nunmehr endlich ihren Erlkönig enthüllt. Veranlasst durch das bei der Berliner Rechtsanwaltskanzlei entwickelte Rechtsgutachten, dass leider nicht zu dem Ergebnis geführt hat, dass er sich versprochen hat, sieht er nun die Zielfahne nur noch aus weiter Ferne und bläst zum entscheidenden Überholmanöver.

Selbst das Papier der Einladung zur heutigen Sitzung hat sich mit Grausen abgewendet, - für die Zuhörer unter uns, die keine Einladung erhalten haben: Der Antrag war falsch herum eingehftet - als es den Antrag aufgedruckt bekam.

Gegen alle Vernunft will er nun sein geliebtes Baby, ein eigenes Stadtwerk, endlich gründen. Plötzlich zählt auch die Meinung des vertrauten Gutachters, Göken, Pollak

und Partner nicht mehr, der ebenso wie alle anderen Experten bei der Größenkategorie von Waldbröl von eigenen Stadtwerken dringend abrät.

Auch der im Dezember gefasste Beschluss, der ausdrücklich **keine** Gründung eines ausschließlich eigenen Stadtwerkes beinhaltet, spielt heute keine Rolle mehr und wird mit diesem Antrag konterkariert und quasi ad absurdum geführt.

Im Gegenteil versuchen die Unterzeichner des Antrags den Rat und die Öffentlichkeit mit einem Täuschungsversuch zu hintergehen. Dort heißt es nämlich: „Die Aufgabe der Verhandlungskommission ist es, die im Beschluss vom 09.12.2009 unter Punkt 1 genannten Möglichkeiten zur Gründung eines eigenen Stadtwerkes und zur Übernahme des Stromnetzes zu untersuchen.“ Das, meine Damen und Herren, steht aber nicht in diesem Beschluss. Dort heißt es nämlich unter Ziffer 1: „Gründung eines Stadtwerkes, einschließlich des Erwerbs des Stromnetzes, mit einem / mehreren kommunalen Partnern“. Sie legen also hier einen einstimmig gefassten Beschluss wissentlich falsch aus und wollen Rat, Verwaltung und Öffentlichkeit für dumm verkaufen. Dafür sollten sie sich schämen und ich erwarte von den Vorsitzenden der SPD, UWG und GRÜNEN, dass sie sich für diese Lüge hier und heute entschuldigen.

Eines haben Sie, sehr geehrter Herr Kronenberg, heute aber dennoch eindrucksvoll nachgewiesen:

Die Entwicklung und das Wohl Waldbröl interessieren sie überhaupt nicht. Waren sie es, der der CDU in der Vergangenheit immer und immer wieder in unerträglicher Art und Weise ideologisch geprägte Entscheidungen vorgeworfen hat, so haben sie heute unnachahmlich bestätigt, wer hier von der Ideenlehre besessen ist. Für sie sind Stadtwerke ein Dogma, an dem sie trotz aller Gefährdungspotentiale festhalten.

Erkennen sie endlich die Realität und lernen sie aus den Stigmata, die ihnen in der Vergangenheit bei Wahlen immer und immer wieder zugefügt worden sind. Widmen sie sich endlich auch einmal anderen Dingen und nicht immer nur den drei Themen „Energie, Energie, Energie“ wie es ihre frühere Weggefährtin Geißler, die danach ihrer heiligen Inquisition zum Opfer gefallen ist, treffend auf den Punkt gebracht hat.

Sie wissen ganz genau, dass der Energiemarkt diffizil ist und dass er zumindest in der Ausprägung eigener Stadtwerke deutlich mehr Risiken als Chancen birgt. Als Beispiel zitiere ich aus dem Lagebericht der Gemeindewerke Nümbrecht für das Geschäftsjahr 2008. Übrigens nachzulesen auf öffentlichen Seiten unter unternehmensregister.de. Dort heißt es unter „Chancen und Risiken“: „Die wesentlichen Geschäftsrisiken bestehen unverändert aus den Folgen der Regulierung der Strom- und Gasnetze (Stichwort: Anreizregulierung) und der Entwicklung der Strombeschaffungspreise. Es wird daher immer wichtiger, dass die

Gemeindewerke Nümbrecht sich hinsichtlich ihrer Geschäftsfelder breit aufstellen, um mögliche Einbußen bei der klassischen Stromversorgung kompensieren zu können. ... Die zukünftige Entwicklung der Stromhandelspreise bleibt mit einem erheblichen Risikopotential versehen. ... Die sehr hohe Volatilität (Ausmaß der Schwankung von Preisen) wird sich aufgrund unterschiedlicher Beschaffungsstrategien und Beschaffungsverhältnisse zu einem wachsenden Auseinanderklaffen der individuellen Strombezugspreise bei den Energieversorgern führen. Dies erhöht die Schwierigkeit, marktfähige Preise zu gestalten.“

Da ich sicher bin, dass sie uns im Anschluss wieder in epischer Breite ihr Lieblingsthema „Güssing“ zu Gehör bringen werden, lassen sie mich präventiv schon jetzt auf einige Dinge hinweisen:

1. Güssing ist nicht Waldbröl. Zum einen besitzt Güssing mit gerade einmal knapp 3.800 Einwohner nur 20 % der Einwohner Waldbröls und zum anderen hat sich Güssing energietechnisch verselbständigt, als es noch keine Novellierung der Energiewirtschaftsgesetze gab.
2. Die Rahmenbedingungen für die Gründung kommunaler Energieunternehmen haben sich seitdem drastisch verschlechtert. Das sog. „Unbundling“ verlangt jetzt die Trennung von Netz und Vertrieb.
3. Waldbröl übernimmt mit dem Netz nicht gleichzeitig alle Kunden; im Gegenteil: der Kundenstamm geht komplett verloren. Das neue Unternehmen müsste um jeden Kunden werben und sich dem Preiskampf insbesondere der Billiganbieter stellen. Und ich, das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Ich wechsele nicht zu ihrem Stadtwerk, wenn ich den Strom woanders günstiger beziehen kann.
4. Die Stadt erwirbt ein Stromnetz in Höhe von geschätzten 12 Mio. €. Hinzu kommen Kosten in Millionenhöhe für die Entflechtung der Netze. Lediglich 6 % der Bevölkerung besitzt, das haben Untersuchungen ergeben, Wechselwillen. Kein Steuerberater wird ihnen bescheinigen, dass sich diese Investition amortisiert. Jetzt werden sie mir wieder das Kaufering-Urteil vorhalten, nach dem angeblich der Netzpreis nicht höher sein darf, als der Ertragswert. Das ist aber falsch: Es heißt dort nämlich: „Eine Endschaftsbestimmung in einem Konzessionsvertrag zwischen einer Gemeinde und einem Energieversorgungsunternehmen, die für die Übertragung des örtlichen Versorgungsnetzes auf die Gemeinde ein Entgelt in Höhe des Sachzeitwertes vorsieht, ist unwirksam, wenn der Sachzeitwert den Ertragswert des Netzes (nicht un)erheblich übersteigt, ...“ Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Höhe des Kaufpreises zwischen Ertrags- und Sachzeitwert liegen wird. Dabei wird es aber entscheidend sein, wo sich der Kaufpreis einpendeln wird, denn davon hängt die Rentabilität des Geschäftes ab. Es kann aber als sicher gelten, dass der Kaufpreis sicher in langwierigen Gerichtsverhandlungen ermittelt

werden muss, so dass wir diese existenzielle Frage wahrscheinlich erst in vielen Jahren beantworten können.

4. Über den Zustand des Stromnetzes und evtl. erforderliche investive Maßnahmen haben wir bislang keine Kenntnis. Sie wollen also die „Katze im Sack“ kaufen.
5. Steuereinnahmenerhöhungen und Schaffung von Arbeitsplätzen sind reine Augenwischerei. Da sich die Gewerbesteuer am Umsatz orientiert, ist auch nicht mit höheren Steuereinnahmen zu rechnen. Neu geschaffene und durch den Weggang des RWE wegfallende Arbeitsplätze werden sich allenfalls die Waage halten.
6. Der Stadt gehen ggf. 600.000 € Konzessionsabgabe verloren. Zur Konzessionsabgabe sind Unternehmen nämlich nur dann verpflichtet, wenn sie diese auch erwirtschaften können. Und das wird einem alleinstehenden Stadtwerk schwerer fallen als beispielsweise einem Energieverbund.
7. Versorgungspunkte zu anderen Versorgern werden bei eigener Versorgung überwiegend abgeschnitten. Bei Schadensereignissen (z.B. Kyrill, schwerem Schneebruch) wird die Versorgungssicherheit nicht mehr in ausreichendem Umfang gewährleistet sein.

Diese Tatsachen sollten alle die, die heute diesen Beschluss mit stützen wollen, nachdenklich machen. Nehmen sie Abstand von dem Wahnsinn und den illusorischen Gewinnversprechungen, die ihnen hier von einem apodiktischen Verfechter von Stadtwerken offeriert werden.

Darüber hinaus fehlt es der Stadt an Know-how, um ein eigenes Stadtwerk betreiben zu können. Jetzt werden sie sagen: „Das kann man sich einkaufen!“ und ich antworte Ihnen: „Ja, aber nicht für den Preis von 40.000 – 50.000 € im Jahr, der im Gutachten von GPP niedergelegt ist.“

Auch konnten sie bis heute, trotz meiner Nachfragen in einer der letzten Umweltausschusssitzungen, weder eine Gewinnprognose abgeben, noch konnten sie berichten, was z.B. die Gemeindewerke Gutes für die Gemeinde Nümbrecht getan haben.

Experten, deren Namen ich hier nicht nennen möchte, die aber durchaus Einblick in die Situation der Gemeindewerke Nümbrecht haben, sagen: „Nicht viel!“

Und, damit hier keine Missverständnisse auftauchen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Gemeindewerke das gerne möchten. Sie können es aber nicht in dem Umfang, den sie sich hier alle von eigenen Stadtwerken versprechen. Die Erlössituation lässt es nämlich einfach nicht zu. Nur durch die breitere Aufstellung können sich die Gemeindewerke überhaupt noch am Markt halten. Nicht umsonst

möchte Nümbrecht sein Geschäftsfeld auch auf den Gasmarkt ausdehnen. Ein Geschäft, zu dessen Finanzierung im Übrigen bislang keine Bank bereit ist. Aber das ist ihnen völlig egal. Wie sagte Jürgen Hennlein ebenfalls in einer der letzten Umweltausschusssitzungen: „Ob das Netz jetzt 500.000 € oder 1. Mio. € mehr oder weniger kostet, ist doch egal. Bei den anderen hat es doch auch geklappt.“ Genau dieser Ausspruch macht die ganze Obsession der SPD deutlich und ich bin Ihnen dankbar, dass sie es in dieser Klarheit artikuliert haben. So geht man aber nicht mit den Geldern der Steuerzahler um. Sie sollten zu ihrem eigenen Schutz demnächst erst überlegen und dann reden, denn es heißt nicht ganz umsonst: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“.

Das, meine Damen und Herren, ist kein verantwortungsvoller Umgang mit dem Auftrag, den ihnen die Wählerinnen und Wähler erteilt haben.

Ihnen ist weder der Kaufpreis, der absolut entscheidend für die Finanzierung ist, noch der Erlös bekannt, der erzielt werden kann und der nach einer weiteren Anreizregulierung, die schon beschlossene Sache ist, nicht einmal annähernd prognostiziert werden kann. Ihr Motto lautet einfach nur: „Wir haben keine Chance, aber die sollten wir nutzen!“

Meine Damen und Herren,

das es immer wieder Unbeirrbare gibt, die man nicht auf den Pfad der Tugend zurückführen kann, ist eine Sache. Das es aber andere gibt, die bedingungslos im Herdentrieb wie Lemminge hinterherlaufen, ist ein ganz anderes Thema.

Lassen sie es mich so ausdrücken: Ob die mitlaufenden Lemminge die Klippe hinabstürzen, ist mir gleichgültig. Aber muss Waldbröl durch so eine Entscheidung auch abstürzen? Ich denke: Nein!

Es ist schon erstaunlich, wie sich z.B. eine Frau Theuer in einer Angelegenheit wie der Gestaltung von Dachformen mit Vehemenz gegen den Rest der SPD stellt – was ihr gutes Recht ist und durchaus demokratische Züge in der SPD erkennen lässt - , es ist aber genauso erstaunlich, dass sie alle eine solch Richtung weisende und fatale Entscheidung bedingungslos und nur von Loyalität geprägt mittragen.

Oder z.B. die GRÜNEN, die in der Dezembersitzung noch erklärt haben, keine Schnellschüsse machen zu wollen und alles ausführlich geprüft haben möchten. Jetzt stimmen sie angesichts des Gutachtens wider besseren Wissens zu.

Über die Motivation der UWG möchte ich an dieser Stelle nichts mehr sagen und lediglich auf meine Ausführungen zum Thema K 28 verweisen.

Erstaunlich ist im Übrigen, wie die Mitunterzeichner des Antrags in devoter Schüchternheit akzeptieren, dass die Verhandlungskommission nur mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, zufällig Herr Kronenberg, politisch besetzt werden soll, obwohl ansonsten alle in noch so unwichtigen Themen mitreden wollen.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

in der OVZ vom 08.03.2010 war ein Artikel mit der Überschrift „Querulanten richtig behandeln“ zu lesen. Dort ging es darum, dass, auch wenn es schwer fällt, man Anerkennung zeigen sollte, weil ein besseres Verständnis für schwierige Menschen den Umgang mit ihnen erleichtert.

Ich habe diesen Artikel sorgfältig gelesen und möchte mich gerne von dessen Inhalten leiten lassen:

Herr Kronenberg, ich habe Verständnis dafür, dass sie ihren großen Traum erfüllen möchten. Schon jedes Kind hat seine Ideen, die es gerne im Leben verwirklichen möchte. Ich verstehe, dass sie sich in dieser Frage von ihrem engstirnigen Weg nicht abbringen lassen möchte und Sachargumente sie nicht mehr erreichen. Dennoch ist ihr Traum und ihr Vorhaben nicht kindlich, sondern kindisch, und das macht hier den Unterschied.

Deshalb bitte ich sie nochmals inständig, von ihrem perfiden Überrumpelungsplan Abstand zu nehmen.

Vorsorglich bitte ich die Verwaltung allerdings, dem Protokoll zur heutigen Sitzung Ausführungen zur Haftung und zu Regressansprüchen von und gegen Ratsmitglieder beizufügen. Denn mit der namentlichen Abstimmung, die ich schon jetzt in dieser Frage beantrage, werden wir für die Nachwelt im Protokoll manifestieren, wer wider besseren Wissens ihrem Vorhaben zustimmen wird und Waldbröl damit in Gefahr bringt.

Aber, es gibt in diesem Thema auch eine gute Nachricht:

Egal, wie die Abstimmung heute ausgeht. Ich bin sicher, dass es einige Schutzmechanismen geben wird, die die Stadt vor dem Bankrott schützen und ihren Plan zu Nichte machen wird.

1. Wenn schon die Gemeindewerke Nümbrecht nicht in der Lage sind, einen Finanzierer für die Übernahme des Gasnetzes zu finden, wie soll es dann Waldbröl schaffen, eine Bank zu finden, die solch ein hohes Risiko eingeht.
2. Selbst wenn eine Bank bereit sein sollte, den Invest zu finanzieren, wird sie hierfür eine Kommunalbürgschaft verlangen und dies wird im Rahmen des Europäischen Beihilferechts niemals genehmigt werden.
3. Keine Kommunalaufsicht wird der Stadt Waldbröl ihr Plazet für eine solche Maßnahme erteilen, wenn, wie bislang, in keinster Weise nachgewiesen werden kann, dass es sich um eine sich rechnende Investition handelt. Selbst die 50.000 € für die Planung werden nie die Zustimmung finden, hatte die Kommunalaufsicht doch schon Bedenken, als es darum ging, ein Gutachten an GPP für einen wesentlich geringeren Betrag zu vergeben.

Im Sinne Waldbröls und zu ihrem eigenen Schutz empfehle ich ihnen daher, ihr Abstimmungsverhalten zu überdenken. Die CDU jedenfalls wird eigenen Stadtwerken ausdrücklich nicht zustimmen.

Wir werden uns nach Vorliegen der Antworten auf die Nachfragen zu dem Rechtsgutachten aus Berlin abschließend positionieren und ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Wir werden eine ausgewogene und zukunftsfeste Entscheidung präsentieren.

Abschließend lassen sie mich einen Dank an die gesamte Verwaltung aussprechen, die jederzeit freundlich und hilfsbereit unsere Anliegen bearbeitet hat. Ein besonderer Dank gilt dem Kämmerer, dem es mit seinem engagierten Team gelungen ist, die Neuheiten des NKF zu absorbieren und der das uneingeschränkte Vertrauen der CDU genießt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

gez.

Andre Steiniger

- Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Im Rat der Stadt Waldbröl -